

Schwedter Tageblatt

Verbindungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Bierraden

Fernsprecher Nr. 42.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle 1,40 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,50 M. für den Monat. Für Postbezieher Bestellschein beifügen.



Postcheckkonto Berlin 39142.

Anzeigen werden die einpaltige Zeile mit 20 Pf. berechnet. Für Innehaltung der Wiederholungsgebühren wird keine Gewähr übernommen. Schluß der Anzeigenannahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. O. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. O.

Nummer 69

Sonnabend, den 22. März 1930

37. Jahrgang

Chronik des Tages.

* In Mannheim wurde unter außergewöhnlichem Andrang aus dem ganzen Reich durch den Parteivorsitzenden Dr. Schulz der Reichsparteitag der Deutschen Volkspartei eröffnet.

* Der Reichsminister des Innern Severing hat einen zweiten Brief nach Weimar gerichtet, in welchem er die Möglichkeit weiterer Zahlungen an Thüringen von der politischen Entwicklung abhängig macht.

* Da die Verhandlungen zwischen der litauischen Regierung und dem Memelgebiet über den letzteren zuzustehenden Finanzanteile ergebnislos abgebrochen worden sind, ist die memelländische Autonomie ernstlich gefährdet.

* Ministerpräsident Lardieu hat in der französischen Kammer erklärt, daß der Youngplan bis spätestens am 6. April in Frankreich ratifiziert sein müsse.

Neuer Brief Severings nach Weimar.

Ministerialdirektor Menzel soll untersuchen.

Berlin, 22. März.

Der Reichsminister des Innern hat an das Thüringische Staatsministerium in Weimar folgenden Brief gerichtet:

„Ihr Schreiben vom 20. März 1930 — Z. 168/30 —, in dem Sie meine Anfrage vom 17. Februar 1930 beantworten, und zu den Mitteilungen meines Schreibens vom 18. März 1930 Stellung nehmen, ist heute früh in meine Hände gelangt. Daß das letztgenannte Schreiben erst nach seiner Verbreitung durch Rundfunk und Presse bei Ihnen eingegangen ist, bedauere ich. Das Schreiben ist, wie der Stempel des Einlieferungsstempels anzeigt, am 18. März von 20.00 bis 21.00 Uhr bei der Post abgegeben, die Presse aber erst am 19. März mittags benachrichtigt worden. Die Verbreitung durch den Rundfunk habe ich nicht veranlaßt.“

Wenn Form und Inhalt meines Schreibens Sie außerordentlich befremdet haben und wenn Sie mitteilen, daß ein derartiges Vorgehen bisher im Verkehr zwischen Reich und Ländern nicht üblich war, dann habe ich zu erwidern, daß mein Schreiben nur

die einzig mögliche Antwort

darstellte auf das Vorgehen, daß von einem Mitglied des Thüringischen Staatsministeriums beliebt wurde und das in der Zeit bisher im Verkehr zwischen Reich und Ländern nicht üblich war. Meine Anfrage vom 17. Februar, die ich durchaus vertraulich behandelt habe, ist nicht nur veröffentlicht worden, sondern Staatsminister Frit hat in einer öffentlichen Versammlung dazu erklärt, daß ich auf eine Antwort lange warten könne.

Es würde mich außerordentlich befremden, wenn Sie auch nur einen Augenblick dem Gedanken Raum geben könnten, daß die Reichsregierung sich eine derartige Behandlung gefallen lassen würde.

Daß ein Beschluß des Thüringischen Staatsministeriums, mein Schreiben vom 17. Februar nicht zu beantworten, nicht vorlag, hätten Sie Ihrem Mitglied, Herrn Staatsminister Frit, mitteilen sollen, als Ihnen dessen Volks-Versammlungsrede bekannt wurde. Meine Anfrage war an das Thüringische Staatsministerium und nicht an Herrn Frit gerichtet. Und wenn Herr Frit der Beschlussfassung des Staatsministeriums — wie er es getan — vorgriff, dann lag es bei Ihnen, Herrn Frit gegenüber das Erforderliche zu veranlassen. Mir ist nicht bekannt geworden, daß Sie Herrn Frit über die Sachlage belehrt haben, und darum haben Sie sich in die Zwangslage gebracht, das Thüringische Staatsministerium mit Herrn Frit zu identifizieren.

Durch die Mitteilung Ihrer Feststellung über den Bund „Aler und Falken“, mit der meine Anfrage vom 17. Februar in der Form nunmehr beantwortet worden ist, ist zugleich der übliche amtliche Verkehr zwischen dem Thüringischen Staatsministerium und meiner Amtsstelle wiederhergestellt. Soweit im Rest des laufenden Etatsjahres für Thüringen noch Fondsmittel in Betracht kamen, können Zahlungen jedoch nicht mehr geleistet werden, da über die betreffenden Fonds inzwischen verfügt worden ist. Ob und inwieweit im nächsten Etatsjahr Mittel aus Fonds meines Ministeriums zur Verfügung gestellt werden können, ist von der Beschlussfassung der gesetzgebenden Körperschaften und der weiteren politischen Entwicklung abhängig.

Was die Frage angeht, ob die Voraussetzungen für die Gewährung eines Reichszuschusses für Polizeizwecke von Seiten des Thüringischen Staatsministeriums noch vorliegen, so erkläre ich mich damit einverstanden, Untersuchungen zur Klärung dieser Frage anzustellen.

Als meinen Beauftragten zur Mitwirkung an dieser Untersuchung nach Ziffer I, 7, der Grundzüge benenne ich den Ministerialdirektor Menzel, den Leiter der zuständigen Abteilung im Reichsministerium des Innern, den Sie von der Anberaumung eines Termins für den Beginn der Untersuchungen gemäß benachrichtigen wollen. Bis zum Abschluß der Untersuchungen bleibt es selbstverständlich bei der in meinem Schreiben vom 18. März mitgeteilten Anordnung.

Auf die Ausführungen im Schlusssatz Ihres Schreibens einzugehen, liegt für mich umso weniger Anlaß vor, als die von Ihnen erwähnten Pressenachrichten meine Entschlüsse nicht veranlaßt haben.

Die D. V. P. in Mannheim.

Beginn des Reichsparteitages.

Mannheim, 22. März.

Der Andrang zu dem in Mannheim beginnenden Reichsparteitag der Deutschen Volkspartei ist angesichts der politischen Lage diesmal besonders stark. Alle Wahlkreise haben Vertretungen entsandt. Die Parteitagveranstaltungen wurden durch die Sitzung des Zentralvorstandes eingeleitet, an die sich am Sonnabend der eigentliche Parteitag angeschlossen. Der Zentralvorstand trat am Freitag vormittag zusammen.

Der Parteivorsitzende Dr. Schulz

eröffnete die Sitzung und begrüßte unter lebhaftem Beifall die Witwe des nationalliberalen Führers Baffermann.

In seinem Ueberblick über die politische Lage betonte er, daß die Partei mit Ueberzeugung der Außenpolitik ihres unergieblichen Führers Dr. Stresemann gefolgt sei, und daß auch die innerpolitischen Ziele, für die sie jetzt kämpfe, rein sachlicher Natur seien. Zentralvorstand und Parteitag stünden unter der Erinnerung an den großen Nationalliberalen Baffermann, der ein Politiker von wahrhaft nationalem, liberalen und sozialen Empfinden gewesen sei.

Entschließung des Zentralvorstandes.

Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei faßte folgende Entschließung:

„Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei stimmt den Ausführungen des Parteiführers und Vorsitzenden der Reichstagsfraktion zur politischen Lage zu. Der Zentralvorstand billigt die Beschlüsse des Reichsausschusses und der Reichstagsfraktion vom 2. März und erwartet, daß die Reichstagsfraktion daran unbeirrt festhalten wird und spricht dem Parteiführer und der Fraktion sein Vertrauen aus.“

Politische Rundschau.

Abchiedsbesuch des rumänischen Gesandten beim Reichspräsidenten. Der Reichspräsident hat den rumänischen Gesandten Petresco Commene zur Entgegennahme seines Abberufungsschreibens empfangen.

Curtius in Mannheim. Reichsaussenminister Dr. Curtius, der an dem hier stattfindenden Reichsparteitag der Deutschen Volkspartei teilnimmt, ist von der Schweiz kommend in Mannheim eingetroffen.

Der neue russische Kalender. Das Präsidium des Volkskongresses der Sowjetunion hat beschlossen, den neuen russischen Kalender, in dem die Sonntage und alle kirchlichen Feiertage ausfallen, am 1. April 1930 in Kraft zu setzen.

28,3 Millionen Mark Fehlbetrag bei der Reichsbahn.

Berlin, 22. März. Wie „Die Reichsbahn“, das amtliche Nachrichtenblatt der Reichsbahngesellschaft, im Bericht über die Betriebsergebnisse der Reichsbahn im Monat Januar 1930 mitteilt, beliefen sich die Einnahmen auf zusammen 360,625 Millionen Mark. Die Ausgaben betragen 388,952 Millionen Mark. Der durch die Einnahmen des Berichtsmontats nicht gedeckte Betrag von 28,3 Millionen Mark wurde zunächst dem Vortrage des Vorjahres entnommen. Der Verkehr hat im Januar auf der Reichsbahn über den alljährlich üblichen Rückgang hinaus nachgelassen.

Das Republikshühgegesetz vor dem Reichsrat.

Berlin, 22. März. Der Reichsrat nahm von der Annahme des Republikshühgegesetzes durch den Reichstag Kenntnis, ohne Einspruch zu erheben. Ein dahingehender Antrag des Landes Thüringen verfiel gegen wenige Stimmen der Ablehnung. Die Bayerische Regierung ließ erklären, daß das Gesetz zwar zum großen Teil einem bestehenden Bedürfnis Rechnung trage, daß sie trotzdem aber dem Beschluß, keinen Einspruch zu erheben, nicht beitreten könne, weil nach ihrer Ansicht das Gesetz auch in seiner jetzigen Fassung einen Eingriff in die verfassungsmäßigen Rechte der Länder enthalte.

Kein Ausweg aus der Flottenkonferenzkrise.

London, 22. März. Nach der Abreise Briands nach Paris werden auch in London die weiteren Ausichten der Flottenkonferenz außerordentlich pessimistisch beurteilt. Im Augenblick lehnt man es zwar noch ab, zuzugeben, daß die Konferenz mehr oder weniger zu einem vollständigen Scheitern verurteilt ist, aber nach der positiven Seite weiß kaum noch jemand einen Ausweg, wie auch nur ein bescheidenes Ergebnis gesichert werden kann. Die ganzen Hoffnungen setzen sich nur auf die Besprechungen zwischen Macholnad und Grandi, obwohl auch hier durch den Beschluß der italienischen Regierung, an der Gleichheitsforderung gegenüber Frankreich festzuhalten, die Ausichten höchst gering sind.

Tschiangkaihsch rüstet gegen Fong und Yen.

Schanghai, 22. März. Wie aus Nanking gemeldet wird, hat Tschiangkaihsch als Präsident der chinesischen Republik einen

Erlaß herausgegeben, nach dem sämtliche Truppen für den Kampf gegen die neu gebildete Regierung in Peking zu mobilisieren sind. Tschiangkaihsch hat selbst die Leitung der Truppen für den Kampf gegen Fong und Yen übernommen und begibt sich sofort nach Hankau, um dort das militärische Vorgehen zu leiten. Die beiden Generale wurden auf Beschluß des Obersten Gerichtes der chinesischen Republik als außerhalb des Gesetzes stehend erklärt.

Der Dispositionsfonds des Reichspräsidenten.

Berlin, 22. März. Gegenüber dem Jahre 1929 ist der Dispositionsfonds des Reichspräsidenten um 400 000 Mark geringer, nämlich auf 2 Millionen Mark angelegt worden. Es sind veranschlagt 1,3 Millionen an Unterstützungen für ehemalige Kriegsteilnehmer und 700 000 Mark für laufende Zuwendungen. Die Unterstützungen sind wie bisher nur für Teilnehmer an dem Feldzug 1870-71 und an den vor 1870 geführten Kriegen sowie für deren Hinterbliebene bestimmt. Für die Verwendung dieser Ausgabenmittel trägt die Verantwortung der Reichsfinanzminister, da das Büro des Reichspräsidenten eine Dienststelle ist, die mit verfassungsmäßiger Verantwortlichkeit nicht ausgestattet ist.

Neue Privatisierung.

Berlin, 22. März. An der Berliner Börse wurde der Privatisierung, der erst am Donnerstag von 51,8 auf 5 v. H. ermäßigt worden war, wiederum um 1/8 v. H. ermäßigt. Er beträgt somit nunmehr 47,8 v. H. für beide Sichten.

Erledigung des Steuerprogramms bis 10. April?

Berlin, 22. März. Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, rechnet man in den Kreisen der Regierungsfaktionen mit einer Erledigung des Steuerprogramms der Reichsregierung bis etwa zum 10. April. Sicherem Vertrauen nach hat der Reichsfinanzminister zu erkennen gegeben, daß der 10. April für sein Amt der letzte Termin sein müsse, an dem die Steuererlasse in Kraft zu treten hätten. Seien die neuen Steuererlasse bis zu diesem Termin verabschiedet, dann könnten sie noch mit rückwirkender Kraft vom 1. April ab ausgestellt werden. Weiter wird aus parlamentarischen Kreisen mitgeteilt, daß das Reichskabinett dieser Tage einen Gesetzentwurf verabschiedet hat, der die Kapitalertragssteuer auf neue und alte Emissionen völlig befreit und die Kapitalverkehrssteuer nicht unwesentlich herabsetzt, um den Zustrom langfristiger ausländischer Gelder zu erleichtern. Eine weitere Vorlage, die einen Abbau der Gewerbesteuer vorsieht, wird Anfang der nächsten Woche als Berichterstatterentwurf die interfraktionellen Besprechungen der Regierungsparteien beschäftigen.

Aus der Heimat.

Der Ausbau der Oder.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde am Donnerstag der Nachtragset des Reichsverkehrsministeriums beraten. Auf eine Anfrage des Berichterstatters des Ausschusses, des Abg. Quaack (Dnat.), erklärte Staatssekretär Gutbrod: „Bezüglich des Ausbaus der Oder soll an dem bisherigen Programm der Reichsregierung nichts geändert werden. Die in Angriff genommenen Arbeiten zur Regulierung der Oder unterhalb Breslaus werden so gefördert, daß sie in der Hauptsache zur Vollendung des Mittellandkanals durchgeführt sein werden. Insbesondere aber wird daran festgehalten, das Staubecken Ottmachau, welches durch Abgabe von Zuschußwasser die größte Verbesserung der Oder bringen soll, bereits im Jahre 1932, also wesentlich vor Vollendung des Mittellandkanals fertigzustellen. Das gesamte Ausbauprogramm für die Eisenbahnen des Ostens soll in einem besonderen Unterabgesetz durchgeführt werden.“

Beim Nachtragset für die Wasserstraßenverwaltung stellte Abg. Sachsenberg (Wirtschaftsp.) bestimmte Fragen über den Stand des Ausbaus der Oder und über den Tarifkampf der Reichsbahn gegenüber der Oderdampfschiffahrt, deren Verantwortung er beim Hauptetat erwartete. Weiterhin erbat der Redner konkrete Angaben darüber, inwieweit es möglich sein werde, künftig Kanalbau durch private Geldgeberkonstruktion zu finanzieren. Das betrifft besonders das letzte Stück des Mittellandkanals bis Berlin, den Großschiffahrtsweg Berlin-Stettin, den Oder-Spree-Kanal und den geplanten Elbe-Spree-Oder-Kanal, deren Neubau bzw. Ausbau für 1000-Tonnen-Schiffe auf diese Weise ermöglicht werden soll. Der Ausschuß nahm eine Entschließung an, worin die Reichsregierung ersucht wird, im Hauptetat für 1930 die Mittel für Vorarbeiten für den Ausbau der Eisenbahnlinien im Osten einzustellen.